

# Minister Schäuble in der Beratung des Haushalts für das Bundesinnenministerium

Rede von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der ersten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) in der 110. Bundestagssitzung am 11.09.2007 (Auszug aus dem Plenarprotokoll)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Am Jahrestag des 11. September ist es wichtig, in aller Klarheit zu sagen, dass wir mit der Geißel der terroristischen Bedrohung auf absehbare Zeit werden leben müssen. Wir wissen das seit Jahren. Wir haben in den letzten Jahren zunehmend gesehen, dass wir auch in Europa bedroht sind, dass wir alle Teil dieses weltweiten Gefahrenraums sind.

Wir haben in der vergangenen Woche die Gefährlichkeit der Planungen, die mitten in unserem Land betrieben werden, auch von Menschen, die hier geboren sind, immer hier gelebt haben, gesehen. Wir haben zugleich gesehen, dass unsere **Sicherheitsbehörden** von Bund und Ländern gut aufgestellt sind. Deswegen ist es wichtig, mit großer Klarheit zu sagen: Die Bedrohung dauert an; sie ist durch die Verhaftung nicht abgeschlossen. Deswegen warne ich davor, zu erleichtert zu sein. Zugleich sage ich aber: Wir können darauf vertrauen, dass der Sicherheitsverbund von Bund und Ländern gut funktioniert.

Wir werden alles daransetzen auch hinsichtlich der technologischen Entwicklung, um bei der Nutzung moderner Technologien – auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie – den Sicherheitsbehörden die Möglichkeit zu verschaffen, auf eindeutiger rechtlicher Grundlage mit klarer verfassungsrechtlicher Begrenzung in diesem Wettlauf, den es in der Kriminal- und Polizeigeschichte der Menschheit immer gegeben hat, Schritt zu halten. Das sind keine einfachen Fragen; wir führen intensive Beratungen darüber.

Es geht nicht darum – das ist in der Debatte der letzten Monate etwas schiefgelaufen –, dass irgendjemand in diesem Lande plant, die **Freiheitsrechte** abzuschaffen oder auch nur einzuschränken.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

Es geht vielmehr darum, in der Verbürgung unserer freiheitlichen Verfassung das notwendige Maß an Schutz, das ein Rechtsstaat gewährleisten muss, zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Fritz Rudolf Körper [SPD])

Das bedeutet im Einzelfall schwierige Abwägungen, aber es wird möglich und auch notwendig sein, aber nicht flächendeckend – das ist völlig verzerrt dargestellt worden; es ist eine völlig falsche Wahrnehmung –, sondern in eng begrenzten Ausnahmefällen als Ultima Ratio, wie der Präsident des Bundeskriminalamtes gesagt hat, in die Strukturen moderner und sich weiter entwickelnder Kommunikation einzudringen.

Wie gesagt, die technischen wie die rechtlichen Fragen sind nicht einfach. Wir arbeiten intensiv daran und haben auch unterschiedliche Meinungen. Auch das ist wahr. Warum sollte man nicht darüber reden?

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird seit einem Jahr nur darüber geredet! Das kann ich jeden Montag im Spiegel lesen!)

– Sie haben sich bisher nicht durch ein Übermaß an Entschlossenheit, diese Regelung einzuführen, hervorgetan. Lassen wir das so stehen. Ich finde, es tut der freiheitlichen Demokratie keinen Abbruch, wenn man über schwierige Fragen notfalls auch streitig debattiert und dann zu einem Ende kommt.

Wichtig ist nach den Erfahrungen der vergangenen Woche nicht nur, dass wir der Arbeit unserer

Sicherheitsbehörden vertrauen können, sondern, dass wir auch auf sie hören müssen, wenn sie unter bestimmten Umständen etwas als Ultima Ratio für nötig halten. Dafür werbe ich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Übrigen sind wir in den letzten Jahren auch im Sicherheitsverbund von Bund und Ländern gut vorangekommen. Wir haben nach jahrelangen Auseinandersetzungen die Antiterrordatei zustande gebracht. Sie funktioniert gut. Wir haben das **Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum** aller Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eingerichtet. Die Zusammenarbeit im GTAZ auch in diesen langen Monaten – sie war von Anfang an schwierig, und viele unserer ausländischen Partner haben besorgt gefragt, ob wir das in unseren föderalen Strukturen leisten könnten; die Antwort lautet: wir können es – trägt dazu bei, auch im Alltag mehr Vertrauen zueinander zu finden.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Deshalb haben wir auch die gemeinsame Datei gemacht!)

– Auch die gemeinsame Antiterrordatei. Darauf habe ich schon hingewiesen.

Wir kommen auch mit der Einführung des Digitalfunks für die Behörden für öffentliche Sicherheit voran. Das war ebenfalls mit jahrelangen Auseinandersetzungen verbunden, die wir jetzt zu einer Lösung gebracht haben. Wir führen den Digitalfunk jetzt schrittweise ein.

Das heißt: Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Ich glaube, dass wir diesen Weg weiter beschreiten können und auch mit aller Entschiedenheit weiter beschreiten müssen.

Gestatten Sie mir eine weitere Bemerkung zu den großen Entwicklungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werbe dafür, dass wir alle auch dabei unserer Verantwortung gerecht werden. Manche meinen, dass die Freiheit immer weiter eingeschränkt wird. Ich finde, die tatsächliche Entwicklung geht dahin, dass wir immer mehr Freiheit haben. Das drückt sich in vielem aus. Die europäische Entwicklung – die Tatsache, dass es keine **Grenzkontrollen** mehr gibt und dass wir zum Ende dieses Jahres die Kontrollen an allen unseren Landgrenzen abschaffen werden – ist ein großer Fortschritt und auch ein großer Freiheitsgewinn.

Ich sage Ihnen voraus: Je näher das Datum der Erweiterung des Schengen-Raumes kommt, desto mehr wird es in der Bevölkerung, insbesondere in der betroffenen Region, Ängste vor einem Sicherheitsverlust geben. Deswegen wird es wichtig sein, dass wir klarmachen, dass die Abschaffung der Grenzkontrollen keinen Verlust an Sicherheit für die Menschen bedeutet. Das gilt auch für die Grenzregionen. Wir werden durch verstärkte nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit den polnischen und tschechischen Behörden, so wie wir es mit den französischen, belgischen und niederländischen Behörden seit vielen Jahren halten, nicht zu weniger, sondern zu mehr Sicherheit kommen. Die Öffnung der Grenzen in Europa bedeutet keinen Verlust an Sicherheit, sondern einen Gewinn an Freiheit und Sicherheit zugleich. Die europäische Entwicklung ist alternativlos.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben zu diesem Zweck eine schwierige – und für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur einfache – **Reform der Bundespolizei** auf den Weg gebracht. Die muss sein. Die Bundespolizei muss auf die neuen Aufgabenschwerpunkte vorbereitet sein. Deswegen ist die Reform der Bundespolizei notwendig. Sie hat im Übrigen auch das Ziel, dass wir bei gleichem Stellenbestand bei der Bundespolizei mehr Beamte für den polizeilichen Vollzug gewinnen, indem wir die Führungsstrukturen schlanker und effizienter gestalten. Auch dafür bitte ich um entsprechende Unterstützung. Wir werden das im Haushalt 2008 im Rahmen der bestehenden Ansätze leisten. Ich füge vorsichtig hinzu: 2009 und 2010 wird wahrscheinlich eine gewisse Erhöhung nicht zu vermeiden sein, wenn die Bundespolizei diese Reform bewältigen soll.

Ich will noch ein Wort – weil es mir wichtig erscheint – zum Themenbereich **Katastrophenschutz** sagen. Wir haben an der schrecklichen Erfahrung unseres europäischen Partnerlandes Griechenland mit der Waldbrandkatastrophe gesehen, wie dankbar wir für die breiten Strukturen in unserem Katastrophen- und Bevölkerungsschutz mit der Kombination von Hauptamt und Ehrenamt, mit unserem hochleistungsfähigen Technischen Hilfswerk, aber auch mit unseren hervorragenden Berufs- und Freiwilligenfeuerwehren überall im Land sein können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei

Abgeordneten der LINKEN)

Auch hier bewähren sich föderale Grundstrukturen, bewährt sich das Subsidiaritätsprinzip, auch mit dem Vorrang ehrenamtlicher Organisationen. Wir haben das Programm für den ergänzenden Katastrophenschutz. Das hat keine ganz einfache Geschichte, auch nicht im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Begründung. Es ist aber in mühevollen Verhandlungen mit den Innenministern der Bundesländer gelungen, die Vereinbarung zu erzielen, dass dann, wenn der Bund seine Mittel für dieses Programm nur in begrenztem Umfang zurückführt, die Bundesländer ihre Mittel entsprechend aufstocken, sodass wir den Gesamtbestand an ehrenamtlichen Helfern in den Freiwilligen Feuerwehren erhalten können. Wir erwiesen unserem Land einen schlechten Dienst, wenn wir das ehrenamtliche Engagement in unserem Land schwächten. Deswegen werbe ich sehr dafür, dass wir dieses Programm unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Frank Schäffler [FDP]: Sie kürzen!)

– Wir kürzen nicht. Im Gegenteil: Im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung stocken wir erheblich auf. Herr Kollege, schauen Sie es sich an! Unterstützen Sie es! Dann machen wir gemeinsam einen wichtigen Schritt und tun etwas Gutes für die Sicherheit in unserem Lande.

Wir haben vielfältige Debatten darüber geführt, was wir tun können, um die Tendenzen zu **Extremismus**, insbesondere zu Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Gewalt bis hin zu Neonazismus zu bekämpfen. Wir haben viele Programme; diese müssen wir fortführen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir den jungen Männern in den Regionen Angebote machen, in denen es gelegentlich heißt, die Rechtsextremen hätten die attraktivsten Freizeitangebote. Das kann nicht wahr sein. Zum Beispiel hat das Technische Hilfswerk in diesem Sommer Ferienlager durchgeführt. Ich glaube, dass diese praktische Arbeit – zusammen mit den Sportverbänden – mit der richtige Weg ist, diese Tendenzen zu bekämpfen. Deswegen bitte ich um Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben in aller Kürze die Konsequenzen aus der Evaluierung der Integrationskurse gezogen. Es geht um die Verbesserung der Integration. Mit unserem neuen Zuwanderungsrecht, das nun dabei ist, sich in der Praxis zu bewähren – all der Streit in vergangenen Monaten ist längst vergessen –, sind wir auf dem richtigen Weg und fördern und fordern Integration. Wir ziehen auch in diesem Haushalt die Konsequenzen aus der Evaluierung der Integrationskurse, um entsprechende Verbesserungen durchzusetzen.

Da das Innenministerium eine große Fülle von Zuständigkeiten hat, möchte ich nur noch ein paar Stichworte nennen. Stichwort **Sport**: Wir stehen vor der doppelten Herausforderung, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Sportler, die in einem härter werdenden internationalen Wettbewerb stehen – ich habe die Weltmeisterschaften der Kanuten und Ruderer sowie der Turner in den letzten Wochen gesehen; es war wirklich wunderschön; Stuttgart ist auch eine tolle Sportstadt, das ist wahr –,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

zu erhalten und ihnen faire Wettbewerbschancen zu geben und zugleich den Kampf gegen den Missbrauch leistungsfördernder Mittel weiter zu verstärken. Deswegen erhöhen wir die Mittel für die Dopingbekämpfung. Ich füge allerdings hinzu: Wir werden weiterhin darauf angewiesen sein, dass die Sportorganisationen ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir haben zwar einiges gesetzgeberisch auf den Weg gebracht. Aber wir müssen von den Verantwortlichen – selbst im Radsport – die notwendige Entschiedenheit und Klarheit einfordern. Ich sehe, dass noch nicht überall die Überzeugung vorherrscht, dass ein wirklicher Neuanfang notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Letzte Bemerkung. Im Grunde geht es bei allem, was in meinem Geschäftsbereich liegt, darum, im Alltag unter Beweis zu stellen, dass unser föderales System und das Subsidiaritätsprinzip eine Freiheitsordnung garantieren, die besser als jede andere den Menschen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten kann. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.